

Zwischen Gesichtsverlust und Machterhalt - Der nordkoreanische Staat und sein Umgang mit der Hungerkrise

Schloms, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schloms, M. (2001). Zwischen Gesichtsverlust und Machterhalt - Der nordkoreanische Staat und sein Umgang mit der Hungerkrise. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 192-213. <https://doi.org/10.11588/kjb.2001.0.2603>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Zwischen Gesichtsverlust und Machterhalt – Der nordkoreanische Staat und sein Umgang mit der Hungerkrise

Michael Schloms

1 Einleitung

Nordkorea ist seit Beginn der 90er Jahre nicht mehr in der Lage, seine Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Das Land ist somit abhängig von internationaler Hilfe. Seit dem Hilfsappell an die internationale Gemeinschaft 1995 erhielt Nordkorea allein von den UN-Organisationen World Food Program (WFP) und Food and Agriculture Organization (FAO) Hilfslieferungen im Wert von 815 Millionen US-Dollar, was die Hilfe für Nordkorea mittlerweile zur größten Hilfsaktion in der Geschichte der Vereinten Nationen werden ließ (FAO/WFP 2000: 7). Hinzu kommen die insbesondere von den USA, China, Südkorea, Japan und der EU geleistete bilaterale Hilfe und die von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Internationalem Roten Kreuz finanzierten Projekte. Eine grundlegende Besserung der Situation und damit ein Ende der Hilfe ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, mit Ausnahme des Jahres 1999 stieg das Hilfsvolumen stetig an und wird für die Vereinten Nationen im Jahr 2001 mit einem vorgesehenen Budget von 380 Millionen US-Dollar einen neuen Höchstwert erreichen (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Aid/UNOCHA 2000).

Dieser dauerhafte Krisenzustand lässt das vielbeschriebene Ende des nordkoreanischen Totalitarismus greifbar nahe erscheinen. Wo Menschen hungern, sei der reale Sozialismus zu überdenken, lautet der einleuchtende Kommentar des bislang höchstrangigen Flüchtlings Hwang Jang-yop. Anders ausgedrückt stellt die Unfähigkeit des nordkoreanischen Staates, seine Bevölkerung ausreichend zu ernähren, potenziell das bestehende politische System in Frage.

In der Tat sind Berichte über vereinzelte Proteste und Unruhen in Nordkorea nach außen gedrungen.¹ Doch hinsichtlich des Zusammentreffens von kommunistischem System und Hungersnot ist Nordkorea kein Einzelfall, und der historische Vergleich lehrt uns, dass eine Hungersnot nicht zwangsläufig zum Zusammenbruch eines Regimes führen muss.

Die Versorgungskrise in Nordkorea reiht sich ein in die Geschichte von Hungersnöten in kommunistisch regierten Ländern Asiens, wie in der Mongolei (frühe 30er Jahre), Nordvietnam (1955-56), der Volksrepublik China (1959-61) und Kambodscha (1977-1979). In all diesen Fällen stellten die Versorgungskrisen eine potenzielle Gefahr für das Fortbestehen der Regime dar, worauf die jeweilige Staatsfüh-

¹ Vgl. Don Oberdorfer, *The Two Koreas*, Reading/Mass.: Addison-Wesley 1997, S.375 und Natsios (1999: 10).

rung zunächst mit Gewalt und Unterdrückung zu reagieren versuchte. Letztendlich führten jedoch wirtschaftspolitische Kurskorrekturen zu einer Beseitigung der akuten Versorgungskrisen, die somit auch die jeweilige politische Notlage beendeten. So wurde die Hungersnot in China schließlich dadurch beendet, dass die chinesische Regierung ideologische Erwägungen zurückstellte. Unter anderem wurden Nahrungsmittelimporte statt einer einseitigen Exportausrichtung gefördert und Maßnahmen zur Kollektivierung der Landwirtschaft flexibel gehandhabt.²

Davon ausgehend, dass autoritäre beziehungsweise totalitäre Regime sich in der Vergangenheit als fähig erwiesen haben, eine Hungerkrise effektiv zu bewältigen, stellt sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit Nordkoreas in einer anderen Form. Eine Hungersnot ist per se eine Gefahr für die Legitimität eines politischen Systems und setzt dieses unter Handlungsdruck. Doch statt anzunehmen, die nordkoreanische Staatsführung werde aufgrund der bloßen Existenz einer Hungerkrise über kurz oder lang zwangsläufig zugrunde gehen, ist eher danach zu fragen, über welche Handlungsoptionen das Regime in Pyongyang verfügt und wie es sein Handlungspotenzial nutzt.

Dieser Beitrag geht in drei Schritten vor. Erstens sollen die Handlungsmöglichkeiten und Handlungszwänge der nordkoreanischen Staatsführung diskutiert werden. Zweitens wird anhand des bisherigen Krisenmanagements analysiert, wie der nordkoreanische Staat sein Handlungspotenzial nutzt, also welche der theoretisch zur Verfügung stehenden Strategien der Krisenbewältigung die Staatsführung in der Praxis anwendet. Dieser zweite Arbeitsschritt problematisiert vor allem den Umgang des Staates mit der internationalen Hilfe. Dazu werden in erster Linie Informationen ausgewertet, die von in Nordkorea tätigen internationalen Hilfsorganisationen stammen. Mit 13 europäischen, südkoreanischen und US-amerikanischen NGOs und mit dem südkoreanischen Roten Kreuz wurden Interviews geführt, von weiteren Hilfs- und Geberorganisationen liegen ebenfalls Erfahrungsberichte vor. Im dritten Teil dieses Beitrags wird der Frage nachgegangen, inwiefern es dem Staat durch sein Krisenmanagement gelingt, die Gefahr des Gesichtsverlusts nach dem Vorbild der genannten historischen Vergleichsfälle zu bannen. Dieser Teil der Arbeit stützt sich auf Aussagen von nordkoreanischen Flüchtlingen, die von südkoreanischen NGOs im chinesischen Grenzgebiet dokumentiert wurden oder die aus eigenen Interviews mit in Südkorea lebenden Flüchtlingen gewonnen wurden.

² Vgl. C.R. Bawden, *The Modern History of Mongolia*, London: Kegan Paul International 1989; Gérard Tongas, *L'Enfer Communiste au Nord-Vietnam*, Paris: Debosses 1960; Jasper Becker, *Hungry Ghosts: Mao's Secret Famine*, New York: Free Press 1997; Nicholas Lardy, "The Chinese Economy under Stress, 1958-1965", in: Roderick MacFarquhar und Jon K. Fairbanks (Hrsg.), *The Cambridge History of China*, Band 14, New York: Cambridge University Press 1987, S.360-397; Dali L. Yang, *Calamity and Reform in China: State, Rural Society, and Institutional Change since the Great Leap Famine*, Stanford: Stanford University Press 1995.

2 Der Handlungsspielraum des nordkoreanischen Staates

2.1 Die Ausgangssituation: Ausmaß und Ursachen der Krise

Der Dimension der internationalen Nahrungsmittelhilfe steht die Tatsache gegenüber, dass das genaue Ausmaß der Krise weiterhin unbekannt ist. Bislang konnte keine Studie unternommen werden, die aus allen Landesteilen, Altersgruppen und sozialen Schichten unabhängig Daten sammeln und sich somit ein umfassendes Bild der Nahrungsmittelknappheit machen konnte. Die Ernteeinbußen sind zwar relativ gut dokumentiert, doch konnten die Auswirkungen auf den Ernährungszustand der Bevölkerung nur in Ausschnitten erfasst werden.

Als Referenzgröße dient nach wie vor eine 1998 von WFP, EU und UNICEF gemeinsam durchgeführte Studie über den Ernährungszustand von etwa 1.800 Kindern. Bei 16% der untersuchten Kinder im Alter zwischen sechs Monaten und sieben Jahren wurde akute, bei 62% chronische Unterernährung festgestellt. Aufgrund dieser Zahlen wäre Nordkorea zu den zehn Ländern mit der weltweit höchsten Rate an Unterernährung zu zählen (Pressemitteilung von WFP vom 18. November 1998).

Wie viele Menschen der Hungersnot zum Opfer gefallen sind, lässt sich nicht genau beziffern. Die staatlichen Verlautbarungen lassen auf wenige undertausend schließen, eine südkoreanische NGO spricht hingegen von mindestens drei Millionen Toten (*Le Monde*, 6.3.1999). Mittlerweile bewegen sich die Schätzungen mehrheitlich in einer Größenordnung von 1 bis 2 Millionen Toten (vgl. US Department of State 2001).

Wesentliche Informationsquelle sind in diesem Zusammenhang die Aussagen von Flüchtlingen im nordkoreanisch-chinesischen Grenzgebiet. So berichteten bei einer Ende 1999 durchgeführten Befragung von etwa 2.400 Flüchtlingen knapp 70% der Personen von Todesfällen in der eigenen Familie (Chang 1999: 13). Eine im Sommer 1998 von der Johns Hopkins University durchgeführte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Sterblichkeitsrate zumindest in der Provinz Nord-Hamgyong 1995 bis 1997 nahezu verdoppelt hat (Robertson et al. 1999).

Da die Flüchtlinge zum überwiegenden Teil aus dem Nordosten des Landes stammen, schließt sich die Frage an, inwiefern sich deren Versorgungslage von der im übrigen Nordkorea unterscheidet. Aufgrund der stark industriellen Ausrichtung des Nordostens ist davon auszugehen, dass die Situation dort schwieriger ist als im Rest des Landes.³ Der im Vergleich an Anbaugeländen reiche Südwesten bietet der dortigen Bevölkerung mehr Möglichkeiten, sich Nahrungsmittel zu beschaffen. So ist Süd Hwanghae die einzige Provinz des Landes, die einen Produktionsüberschuss vorweisen kann (FAO/WFP 1999b: 11). Die Hauptstadt Pyongyang sowie die Sonderwirtschaftszone Rajin-Sonbong im Länderdreieck Nordkorea-China-Russland

³ "Some population groups, such as families receiving international food aid assistance and/or agricultural support, are in a better position to cope with food shortages than people in mountainous areas and in families of industrial workers, especially in non-agricultural areas" (FAO/WFP 1999a: 2).

werden meist als die Regionen genannt, in denen der Mangel nicht das Ausmaß erreicht hat, um von einer Hungersnot sprechen zu können.⁴

Doch geographische Kriterien sind nicht der einzige Maßstab, um zu bestimmen, welche Bevölkerungsgruppen besonders von der Nahrungsmittelknappheit betroffen sind. In diesem Zusammenhang kann auf Erkenntnisse aus vergangenen Hungersnöten zurückgegriffen werden. So ist aus anderen Krisen bekannt, dass Menschen erst als letzten Ausweg ihren Heimatort verlassen, um sich auf die Suche nach Nahrung zu machen.⁵ Der Gesundheitszustand der Menschen, die in einer Hungersnot die Entscheidung treffen, ihr Wohnumfeld zu verlassen, ist somit erfahrungsgemäß besonders schlecht. Auch bezüglich Nordkorea ist bekannt, dass die Zahl derer, die auf Nahrungssuche ohne Obdach durch das Land streifen, trotz aller staatlichen Einschränkungen zugenommen hat (vgl. Kim 1999 und Natsios 1999).

Vor diesem Hintergrund gilt es nun, nach den Ursachen der Hungerkrise zu fragen, um im Weiteren mögliche Strategien einer effektiven Krisenbekämpfung eruiieren zu können. Die Frage nach der Genese von Hungersnöten wird in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften kontrovers diskutiert. Ein kurzer Blick auf diese Debatte lohnt sich, da in ihr die Faktoren problematisiert werden, nach denen auch in Bezug auf Nordkorea gefragt werden muss. In der Debatte werden drei Kategorien von Faktoren für das Zustandekommen einer Hungersnot verantwortlich gemacht.⁶

Die auch in Hinsicht auf die Krise in Nordkorea besonders von Seiten des nordkoreanischen Staates vorgebrachte Behauptung, die Hungersnot sei das Ergebnis von Naturkatastrophen wie Dürren und Überschwemmungen,⁷ entspricht im Grunde dem Kenntnisstand des späten 18. Jahrhunderts. 1798 beschrieb Thomas Malthus Hungersnöte als der Natur letztes und schrecklichstes Mittel zur Bekämpfung von Überbevölkerung.⁸ Die Kausalität ist eindeutig: Naturkatastrophen führen zu Nahrungsmittelmangel und damit zu Hungersnöten.

Dieser Wirkungszusammenhang wird vom Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya Sen grundsätzlich in Frage gestellt:

Starvation is the characteristic of some people not *having* enough food to eat. It is not the characteristic of there *being* not enough food to eat. [...] Whether and how

⁴ Der Begriff „Hungersnot“ wird in der Regel dann verwendet, wenn ein extremer und weit verbreiteter Nahrungsmittelmangel direkt oder indirekt zu einem signifikanten Anstieg der Todesrate führt (vgl. Sen 1981: 40).

⁵ Vgl. Gerd Spittler, *Handeln in einer Hungerkrise. Tuaregnomaden und die große Dürre von 1984*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S.14.

⁶ Siehe für einen detaillierteren Überblick über die Debatte Jenny Edkins, „Legality with a Vengeance: Famines and Humanitarian Relief in ‚Complex Emergencies‘“, in: *Millennium* 25, 3 (1996), S.547-575.

⁷ So lautet die offizielle Bezeichnung der für die Krisenbewältigung hauptverantwortlichen Behörde Flood Damage Rehabilitation Committee (FDRC).

⁸ Thomas Malthus, *An Essay on the Principle of Population*, Oxford: Oxford University Press 1993 [1798].

starvation relates to food supply is a matter for factual investigation (Sen 1981: 1. Hervorhebungen im Original).

Für Sen stellt sich die Problematik von Hungersnöten als eine Frage von Angebot und Nachfrage. Produktionseinbußen, die auch durch Natureinflüsse zustande kommen können, reichen zur Erklärung nicht aus. Entscheidend ist, ob eine Bevölkerung ihre Nachfrage nach Nahrung effektiv umsetzen kann. Diesen Faktor nennt Sen *entitlement*, Hungersnöte werden als Ergebnis von *entitlement failure* erfasst.⁹

Dieser Ansatz wird von einigen Autoren als eine ökonomistische Sichtweise kritisiert, die politische und soziale Faktoren weitgehend ausblendet.¹⁰ Insbesondere die Vertreter des in den 90er Jahren anhand von Hungersnöten in Afrika entwickelten *complex-emergency*-Ansatzes heben die Rolle politischer Interessen, die Existenz von Gewinnern und Verlierern und die Bedeutung von Gewalt in einer Hungersnot hervor.¹¹ Hungersnöte sind in dieser Sicht auf machtpolitische Interessen zurückzuführen.

Die Debatte dreht sich somit um die Gewichtung ökologischer, ökonomischer und politischer Faktoren, deren jeweilige Beteiligung an der Genese einer Hungersnot jedoch von keinem theoretischen Ansatz grundsätzlich ausgeschlossen wird. Daher muss sich eine Ursachenanalyse der nordkoreanischen Krisensituation auf diese drei Gruppen von Faktoren konzentrieren. Zunächst soll dabei die Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion Nordkoreas untersucht werden.

Der jährliche Bedarf Nordkoreas an Nahrungs- und Futtermitteln wird von UN-Organisationen auf etwa 4,8 Millionen Tonnen geschätzt. Die Eigenproduktion erreichte 1999 mit knapp 3,5 Millionen Tonnen einen relativen Höchststand, sank jedoch im Jahr 2000 UN-Angaben zufolge auf nur 2,9 Millionen Tonnen (*Digital Chosun*, 4.12.2000). Seit 1995 ist Nordkorea somit auf ausländische Lieferungen in einer Größenordnung von 1,3 bis 2,0 Millionen Tonnen Lebensmittel angewiesen.

Die Getreideproduktion Nordkoreas hat bereits seit Ende der 80er Jahre stetig abgenommen (UNOCHA 2000: 2 und FAO/WFP 2000: 4), was auch ohne Natureinflüsse Mitte der 90er Jahre zu einer Nahrungsmittelknappheit geführt hätte. So schloss Nordkorea bereits 1993 ein Abkommen mit Thailand über die Lieferung von 100.000 Tonnen Reis (Noland, Robinson und Wang 1999: 9). Der zeitliche Zusammenhang ist dabei weniger in Naturereignissen zu sehen als in den demokratischen

⁹ Vgl. Sen (1981: 45): "The entitlement approach to starvation and famines concentrates on the ability of people to command food through the legal means available in the society, including the use of production possibilities, trade opportunities, entitlements vis-à-vis the state, and other methods of acquiring food."

¹⁰ Siehe zu einer direkten Kritik an Sen Amrita Rangasami, "Failure of Exchange Entitlements Theory of Famine", in: *Economic and Political Weekly* 20, 41 (1985), S.1747-1752 und Nr.42, S.1797-1801.

¹¹ Siehe u.a. Alex De Waal, *Famine Crimes. Politics and the Disaster Relief Industry in Africa*, Oxford: African Rights 1997; Mark Duffield, "Complex Emergencies and the Crisis of Developmentalism", in: *IDS Bulletin* 25, 4 (1994), S.37-45; David Keen, *The Benefits of Famine: A Political Economy of Famine and Relief in Southwestern Sudan, 1983-89*, Princeton: Princeton University Press 1994.

Umbrüchen, die sich in verbündeten Staaten Nordkoreas vollzogen. Der Zusammenbruch des Handels mit der Sowjetunion, dem bis dato wichtigsten Handelspartner Nordkoreas, wurde durch ein stärkeres Engagement Chinas zumindest teilweise ausgeglichen. Doch in China wurde die Lieferung von Lebensmitteln zu Freundschaftspreisen als kurzfristige Hilfe und nicht als Dauerzustand verstanden, so dass auch die chinesischen Lieferungen verstärkt nur gegen Devisen erfolgten.¹²

Somit ist festzuhalten, dass Pyongyang der Autarkie und Unabhängigkeit propäguierenden Staatsideologie Juche folgend auf den Verlust von Handelspartnern nicht mit der Suche nach neuen Beziehungen reagierte. Da auch der Import von Energieträgern, Düngemittel und Saatgut drastisch reduziert wurde, blieb der einst hochindustrialisierten Landwirtschaft nichts anderes übrig als der Zeitsprung zurück zu manuellen Anbaumethoden. Andere Faktoren wie die von Kim Il-sung propagierte einseitige Ausrichtung auf den Reisanbau gemäß der Parole „Reis ist der Kommunismus“ (Jean 1999: 46) sowie auf kurzfristige Ertragsmaximierung ausgerichtete, intensive Anbaumethoden (u.a. Kwon und Kim 1999: 55) taten ihr Übriges. Um neue Nutzflächen zu erhalten, wurden Wälder großflächig gerodet, was weite Landstriche anfälliger für Überschwemmungen machte (Noland, Robinson und Wang 1999: 5). Erst am Ende dieser Ursachenkette sind klimatische Faktoren zu nennen.

Die Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion ist somit skizziert; Sens *entitlement*-Ansatz folgend ist nun zu fragen, mit welchen Mitteln die Bevölkerung ihre Nachfrage nach Nahrung artikulieren kann. Diese Mittel (*legal means*, vgl. Anm. 9) sind in Nordkorea extrem begrenzt.

Die nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen, also über 70% der Bevölkerung, sind von Nahrungsmittelrationen abhängig, die von einem staatlichen Verteilungssystem (Public Distribution System/PDS) an die Menschen ausgegeben werden. Gegen Vorlage von am Arbeitsplatz zugeteilten Bezugsscheinen erhält die Bevölkerung in den Stationen des PDS ihre Lebensmittelrationen. Dies ist für den Großteil der Bevölkerung bereits seit Jahrzehnten das einzige „legale Mittel“ der Nahrungsbeschaffung. Flüchtlingsaussagen zufolge verfügen nur Parteifunktionäre über weitere Zugangsmöglichkeiten zu Lebensmitteln. Auch die Höhe der Rationen ist nicht für alle Menschen gleich; insbesondere Angehörige der Streitkräfte erhalten größere Rationen als der Rest der Bevölkerung (siehe dazu Eberstadt 1999: 67; Lautze 1997: 9).

Das laut Sen für die Genese einer Hungersnot verantwortliche *entitlement failure* ist im Falle Nordkoreas somit systemimmanent, weil ideologisch gewollt: Die Allmacht des totalitären Staates in Nordkorea drückt sich auch in seiner Funktion als

¹² Siehe zur Entwicklung des nordkoreanisch-sowjetischen Handels Nicholas Eberstadt, Marc Rubin und Albina Tretyakova, „The Collapse of Soviet and Russian Trade with the DPRK, 1989-1993: Impact and Implications“, in: *Korean Journal of National Reunification*, Band 4, 1995, S.88-193 und zur nordkoreanisch-chinesischen Handelsbeziehung Banning Garrett und Bonnie Glaser, „Looking across the Yalu. Chinese Assessments of North Korea“, in: *Asian Survey* 35, 6, 1995, S.528-546 sowie Noland (2000: 99).

alleiniger Nahrungsversorger der Bevölkerung aus. In diesem systemimmanenten *entitlement failure* liegt der wesentliche Unterschied zu den erwähnten historischen Vergleichsfällen in anderen Ländern Asiens, in denen die Hungerkrisen auf begrenzte politische Entscheidungen und Maßnahmen (abrupte Kollektivierung der Landwirtschaft, Quotierungen etc.) zurückzuführen waren.

Bleibt der dritte, für das Zustandekommen einer Hungersnot relevante Aspekt zu diskutieren: die Rolle machtpolitischer Interessen. Anhand von Hungersnöten in Afrika weisen die Autoren des erwähnten *complex emergency*-Ansatzes nach, dass Hungersnöte aus machtpolitischen Erwägungen bewusst herbeigeführt beziehungsweise genutzt werden können. Für die These, dass die Hungersnot in Nordkorea von den Machthabern bewusst herbeigeführt wurde, lassen sich keine Anzeichen finden. Machtpolitische Interessen spielen jedoch eine wesentliche Rolle, wenn man den Begriff des *entitlement failure* nicht nur ökonomisch versteht. Schließlich ist die nordkoreanische Praxis der Nahrungsverteilung allein durch staatliche Organe ein effektives Macht- und Kontrollinstrument.

Es ist also im Ergebnis festzuhalten, dass die Hungersnot in Nordkorea auf ein Zusammenspiel ökologischer, ökonomischer und politischer Faktoren zurückzuführen ist. Dabei sind politische Faktoren an erster Stelle zu nennen, da sie – Sens Begriffen gemäß – sowohl die Ebene der Produktion (*food supply*) als auch der Nachfrage (*entitlement*) maßgeblich beeinflussen.

2.2 Handlungsoptionen

Die Feststellung, dass die Hungersnot in Nordkorea zu einem beträchtlichen Teil auf politische und ideologische Faktoren und damit auf systemimmanente Strukturen zurückzuführen ist, macht die besonders schwierige Lage deutlich, in der sich der nordkoreanische Staat befindet. Im wesentlichen Unterschied zu kommunistischen Regierungen Asiens, die in der Vergangenheit mit Hungersnöten konfrontiert waren, steht dem nordkoreanischen Regime nicht die Möglichkeit zur Verfügung, die Ursachen der Krise durch begrenzte und relativ leicht kontrollierbare Maßnahmen zu beseitigen. Neben dieser grundlegenden Schwierigkeit sind zwei weitere Faktoren zu nennen, die den Handlungsspielraum des nordkoreanischen Staates einengen.

Erstens ist die nordkoreanische Gesellschaft eine hochindustrialisierte Gesellschaft. Im Unterschied zur Mongolei, zu Nordvietnam, China und Kambodscha, in denen die Menschen zur Zeit der jeweiligen Hungersnot zu über 80% in der Landwirtschaft tätig waren, trifft dies nur für knapp 30% der nordkoreanischen Bevölkerung zu (FAO/WFP 1999b: 9). Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion (Produktionsanreize, neue Anbaumethoden, flexiblere Eigentumsverhältnisse etc.) können vor allem dort zu kurzfristigem Erfolg führen, wo der Großteil der Bevölkerung direkt von Produktionsgewinnen profitiert. Dies war in den genannten Ländern weitgehend der Fall. In Nordkorea hingegen sind Nahrungsmittelproduzenten und Hungernde zwei verschiedene Gruppen, so dass Produktionszu-

wächse nicht unmittelbar zu einer besseren Versorgung der Gesamtbevölkerung führen.

Die zweite Handlungserschwerung betrifft den als Hauptursache der anhaltenden Hungerkrise identifizierten politischen und ideologischen Kontext Nordkoreas. Jeder Versuch der Krisenbewältigung, der auf die grundlegenden und systemimmanenten Ursachen der Krise zielt, bewegt sich zwangsläufig auf ideologischem Terrain. Und gerade dies ist in Nordkoreas höchst problematisch. Dazu Noland (2000: 282):

The point is that reformers in both China and Vietnam were relatively free to construct tortured rationalizations about how market-oriented reforms were what Marx, Mao, or Ho really had in mind. The ideological terrain faced by the current North Korean regime is very different.

An dieser Stelle soll uns die Frage marktorientierter Reformen noch nicht interessieren, es geht grundsätzlich um das ideologische Korsett, in dem sich die nordkoreanische Führung befindet. Dieses Korsett ist vor allem aufgrund der dynastischen Eigenart Nordkoreas enger als in allen anderen kommunistischen Regimen der Vergangenheit und Gegenwart. Jede ideologische Kursänderung durch die Regierung Kim Jong-ils läuft Gefahr, als Missachtung des Erbes Kim Il-sungs interpretiert zu werden, das nach wie vor das ideologische Rückgrat des Staates darstellt.¹³ Jedes Eingestehen der Abhängigkeit von ausländischer Hilfe, jedes Abrücken von wirtschaftspolitischen Grundsätzen der Juche-Ideologie würde die im kulturellen Kontext Ostasiens besonders schwerwiegende Gefahr des Gesichtsverlusts mit sich bringen. Oft ist vom Dilemma die Rede, in dem sich Hilfsorganisationen in Nordkorea befinden. Doch zunächst ist der Hinweis darauf wichtig, dass vor allem der nordkoreanische Staat in einem Dilemma steckt.

Kommen wir zurück zu den Begrifflichkeiten des *entitlement*-Ansatzes von Sen. Es ist offensichtlich, dass der zunächst risikoärmere Weg aus Sicht des nordkoreanischen Staates darin bestünde, die Ebene *food supply* zu stärken. Die Ursachen des *entitlement failure* beseitigen zu wollen, würde für das nordkoreanische System in der Konsequenz wohl bedeuten, sich selbst abzuschaffen. Daher sind im Folgenden die Handlungsoptionen zu diskutieren, die dem Staat auf der Seite *food supply* theoretisch zur Verfügung stehen. Die prinzipielle Unzulänglichkeit eines solchen Lösungsansatzes vor Augen soll gefragt werden, welche Strategien denkbar sind und welches Potenzial der Krisenbewältigung sie enthalten.

Gemäß der Zielrichtung und des jeweiligen Risikopotenzials lassen sich vier solcher Strategien unterscheiden. Die risikoärmste Variante zielt auf eine Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion mit minimalem Input des Auslands. Die zweite Strategie hat den Auf- und Ausbau internationaler Hilfsmechanismen zum Ziel, ein

¹³ So heißt es in der Präambel der nordkoreanischen Verfassung: "The Democratic People's Republic of Korea (DPRK) is a socialist fatherland of Juche which embodies the idea of, and guidance by, the great leader Comrade Kim Il-Sung. The DPRK and the entire Korean people will uphold the great leader Comrade Kim Il-Sung as the Eternal President of the Republic, defend and carry forward his ideas and exploits and complete the Juche revolution [...]."

Vorgehen, das aufgrund der zwangsläufigen, wenn auch begrenzten Öffnung für internationale Organisationen ein höheres Risiko birgt. An dritter Stelle ist die begrenzte Etablierung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ziel verstärkter Nahrungsmittelimporte zu nennen und schließlich, viertens, die konsequente Öffnung für den internationalen Handel, die die größte ideologische Flexibilität innerhalb der *food supply*-Strategien erfordern würde. Noland, Robinson und Wang (1999) fassen diese Szenarien unter den Schlagwörtern *production-oriented strategy*, *aid-oriented strategy*, *trade-oriented strategy* und *reform-oriented strategy* zusammen.

Die vom Institute for International Economics und vom International Food Policy Research Institute durchgeführte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die nationalen Produktionskapazitäten auch unter günstigsten Umständen nicht ausreichen würde, den Eigenbedarf Nordkoreas zu decken und den von allen Szenarien geringsten Effekt hätte (Noland, Robinson und Wang 1999: 18-19). Die Abhängigkeit von Hilfsleistungen des Auslands wiederum habe der Studie zufolge auf Dauer äußerst negative Auswirkungen auf die Eigenproduktion und auf kommerzielle Importe und sei somit als langfristige Hauptquelle von Nahrungsmitteln zu vermeiden. Die Etablierung von Handelsbeziehungen für den Import von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichem Input (Düngemittel, Pestizide, Saatgut etc.) würde demgegenüber mittelfristig das Bedarfsminimum abdecken.¹⁴ Das vierte Szenario, die konsequente Öffnung der nordkoreanischen Wirtschaft, würde auf längere Sicht allerdings den größten Nutzen bringen. Im Ergebnis der Studie heißt es:

Since domestic production alone is unlikely to meet even minimum human needs, such a strategy appears quite limiting. Escape from the famine will almost surely require at least some liberalization of trade policies (Noland, Robinson und Wang 1999: 22).

Die Analyse der theoretisch zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen zur Besserung der Versorgungslage hat somit im Ergebnis das bereits festgestellte Dilemma, in dem sich die nordkoreanische Führung befindet, noch weiter konkretisiert. Dieses Dilemma besteht in der Korrelation zwischen Nutzen und Risiko, die die Möglichkeiten zur Krisenbekämpfung kennzeichnet: Die Versorgungslage lässt sich umso effektiver verbessern je mehr der Staat von Juche und Autarkie abrückt, je mehr er also riskiert.

Es ist offensichtlich, dass sich das Krisenmanagement in Nordkorea eher an Produktionssteigerung und ausländischer Hilfe orientiert als an wirtschaftlicher Öffnung und Reform. Dennoch wird gerade in jüngster Zeit verstärkt über Anzeichen spekuliert, die auf einen Kurswechsel Piongyangs in diese letztgenannte Richtung hindeuten können. Anhand des bisherigen Umgangs des Staates mit dem erläuterten Dilemma sollen Erkenntnisse gewonnen werden, um eine anschließende Bewertung dieser Anzeichen zu ermöglichen.

¹⁴ So auch Kwon und Kim (1999: 62): "[...] the required inputs cannot be available on a sustainable basis without the development of a national capacity to import."

3 Rückblick auf fünf Jahre Krisenmanagement

3.1 Das Bemühen um Produktionssteigerung

Der Schwerpunkt der nordkoreanischen Krisenbewältigung liegt auf Versuchen zur Steigerung der nationalen Nahrungsmittelproduktion. Dieses Ziel wird einerseits durch interne Maßnahmen sowie andererseits durch Hilfsmaßnahmen von außen verfolgt.

Die nordkoreanische Staatsführung räumt in ihren Investitionen dem Energiesektor und der Landwirtschaft Priorität ein. So stiegen die staatlichen Investitionen im landwirtschaftlichen Sektor 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 11% (Economist Intelligence Unit/EIU 1999: 41). Darüber hinaus versucht die Regierung, Produktionsanreize in der Landwirtschaft zu setzen. So liegen Berichte vor, wonach bestehende Prämiensysteme ausgeweitet und Verantwortlichkeiten von größeren Kollektiven teilweise auf kleinere Gruppen bis hin zur Familienebene verschoben wurden (Noland 2000: 64).

Im Wesentlichen stützen sich die Maßnahmen zur Modernisierung der Landwirtschaft auf Hilfe von außen. Saatgut und Düngemittel beispielsweise werden in beträchtlichem Umfang nach Nordkorea geliefert, insbesondere von Südkorea, das im Jahr 2000 den Umfang seiner Hilfe im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat.¹⁵ Darüber hinaus unterhalten UN-Organisationen und NGOs Hilfsprojekte im landwirtschaftlichen Bereich, also vor allem Projekte zur Unterstützung landwirtschaftlicher Kooperativen (Lieferung von Saatgut, Düngemitteln, Pestiziden, Treibhäusern, Wissenstransfer). Innerhalb der von NGOs betriebenen Aktivitäten überwiegt diese Art der auf mittelfristige und strukturelle Besserungen zielende Hilfe, zu der in erster Linie landwirtschaftliche Hilfe, aber auch Programme wie die Sanierung von Gesundheitseinrichtungen oder von Wasser- und Sanitäreinrichtungen zu zählen sind. Sämtliche der im Land verbliebenen NGOs sowie der Großteil der südkoreanischen NGOs unterhalten in erster Linie diese Art von Projekten, die eher als entwicklungspolitische denn als humanitäre Projekte zu bezeichnen sind. Denn humanitäre Hilfe zielt per definitionem auf die unmittelbare Bewahrung menschlichen Lebens. Sie ist Überlebenshilfe und im Unterschied zur Entwicklungszusammenarbeit keine Strukturhilfe.¹⁶ Zwei Gründe sind für die Ausrichtung auf landwirtschaftliche Hilfsprojekte innerhalb der NGO-Aktivitäten zu nennen.

Erstens hat sich nach nunmehr über fünf Jahren der Nahrungsmittelhilfe für Nordkorea in Geberorganisationen wie der Europäischen Union zunehmend die Meinung durchgesetzt, dass angesichts des dauerhaften Charakters der Krise eher strukturell ausgerichtete Hilfsmaßnahmen zur Erhöhung der Produktionskapazitäten

¹⁵ Pressemeldung von Associated Press unter Berufung auf offizielle südkoreanische Quellen, 4. Januar 2001.

¹⁶ Vgl. Rony Brauman, *L'Action Humanitaire*, Paris: Flammarion 1995, S.5: „[...] l'action humanitaire est celle qui vise, sans aucune discrimination et avec des moyens pacifiques, à préserver la vie dans le respect de la dignité, à restaurer l'homme dans ses capacités de choix.“

Nordkoreas sinnvoller seien als die Lieferung von Nahrungsmitteln (vgl. UNOCHA 2000: 93).

Zweitens ist die Tatsache, dass im Laufe der letzten Jahre von NGOs unterhaltene humanitäre Hilfsprojekte reduziert wurden, auf das Vorgehen der nordkoreanischen Behörden zurückzuführen. So berichten jene NGOs von nicht kompromissbereiten Behörden und einem stets gespannten Verhältnis zu nordkoreanischen Mitarbeitern, die in Nordkorea humanitäre Hilfe im Sinne von medizinischer und Nahrungsmittelhilfe geleistet hatten und ständig mit eigenen Mitarbeitern präsent waren. Mittlerweile haben all diese NGOs aus Protest und Frustration das Land verlassen (Médecins du Monde, Médecins Sans Frontières, Action contre la Faim). Eine Bevölkerung zurückzulassen, an deren Bedürftigkeit im Grunde keine Zweifel bestehen, ist diesen Organisationen alles andere als leicht gefallen. Sie hatten vor dieser Entscheidung mehrmals in Verhandlungen mit den nordkoreanischen Behörden versucht, ihren Handlungsspielraum neu abzustecken, um gezielt besonders bedürftigen Bevölkerungsgruppen helfen zu können. Das Scheitern dieser Verhandlungen erklären sich diese NGOs mit dem mangelnden Interesse der politisch Verantwortlichen in Nordkorea an Projekten zur Nahrungsmittel- und medizinischen Hilfe unter Aufsicht ausländischer NGOs.

Obwohl die im Land verbliebenen NGOs mit den Arbeitsbedingungen keineswegs zufrieden sind, beschreiben sie ihr Handlungsumfeld insgesamt als etwas besser. NGOs, die wie die Deutsche Welthungerhilfe landwirtschaftliche Aufbauhilfe leisten, berichten von lernwilligen Gesprächspartnern. Auch Organisationen wie Cap Anamur, die sich der Instandsetzung von Gesundheitseinrichtungen widmen, verweisen auf Arbeitsfortschritte und ein Vertrauensverhältnis zum nordkoreanischen Personal.

Auf die Bedingungen, unter denen humanitäre Hilfe in Nordkorea erfolgt, wird noch ausführlicher einzugehen sein. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass sich der nordkoreanische Staat in seinem Umgang mit NGOs bei Projekten, die der Landwirtschaft und einer Erhöhung der Produktionskapazitäten zugute kommen, etwas umgänglicher zeigt als hinsichtlich unmittelbarer Nothilfe. Dies ließe sich zum einen dadurch erklären, dass die nordkoreanische Führung dieser Art der Hilfe größere Bedeutung beimisst. Darüber hinaus spielen die Charakteristika des jeweiligen Betätigungsfeldes der NGOs eine wichtige Rolle. So ist für NGOs, die Nahrungsmittelhilfe mit medizinischer Betreuung verbinden, der direkte Kontakt zu den Menschen weitaus wichtiger als für Organisationen, die landwirtschaftliche Aufbauhilfe leisten.

Anhand des Umgangs der nordkoreanischen Behörden mit den NGOs im eigenen Land ist somit offensichtlich, dass Maßnahmen zum Aufbau der Landwirtschaft gefördert und Hilfsprojekte, die auf humanitären Beistand zielen und entsprechende Anforderungen stellen, behindert werden. Anders ausgedrückt ist im Handeln des nordkoreanischen Staates eine Strategie der Stärkung eigener Produktionskapazitäten bei gleichzeitiger Minimierung möglicher Risiken erkennbar.

In gewisser Weise war dieses Vorgehen bislang erfolgreich, da der Rückzug einiger Organisationen, die für Pyongyang riskante Forderungen stellten, durch andere

Quellen wettgemacht werden konnte. Doch andererseits zeigt die auch nach mehreren Jahren mangelhafte Nahrungsmittelversorgung, dass sich die oben erläuterte These der Unzulänglichkeit einer in erster Linie auf Produktionssteigerung ausgerichteten Strategie bestätigt.

3.2 Der Umgang mit der internationalen Nahrungsmittelhilfe

Obwohl das Gros der in Nordkorea tätigen NGOs längerfristige und auf strukturelle Besserungen zielende Projekte unterhält, wird in dem grundlegenden, von NGOs und UN-Organisationen unterzeichneten Strategiepapier (Common Humanitarian Action Plan) die unmittelbare Bekämpfung der Hungersnot durch Nahrungsmittellieferungen als oberstes Ziel genannt.¹⁷ Wichtigster Akteur in Nordkorea in Bezug auf direkte Nahrungsmittelhilfe ist WFP. WFP plant für 2001 die Lieferung von 810.000 Tonnen Nahrungsmitteln, so dass die direkte Nahrungsmittelhilfe mit 318 Millionen US-Dollar etwa 82% des für Nordkorea eingeplanten Budgets ausmacht (UNOCHA 2000: 1).

Nahrungsmittelhilfe wird darüber hinaus auch von NGOs geleistet, wenn auch in reduziertem Umfang, das heißt vor allem ohne die Komponente eines unmittelbaren medizinischen Beistands. In diesem Zusammenhang sind die von internationalen NGOs wie unter anderem Caritas und World Vision finanzierten und unter der Verantwortung einer UN-Einrichtung (Food Aid Liaison Unit) verteilten Hilfslieferungen zu nennen. Außerhalb der Verantwortlichkeit der UN wird in Nordkorea Nahrungsmittelhilfe vom Internationalem Roten Kreuz und von einigen der ständig im Land präsenten NGOs geleistet, deren strukturelle Hilfsmaßnahmen durch Lieferungen von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Heizmaterial oder Winterkleidung ergänzt werden. Innerhalb der Gruppe der NGOs stellen die südkoreanischen Organisationen eine gesonderte Gruppe dar. Wie einige westliche NGOs liefern sie Hilfsgüter nach Nordkorea, allerdings nicht über UN-Organisationen, mit denen sie so gut wie keinen Kontakt haben. Sie organisieren ihre Hilfe entweder von China aus und transportieren ihre Hilfsgüter mit Bahn bzw. LKW über die chinesische Grenze oder befördern die Hilfe per Schiff direkt aus Südkorea.

Hinzu kommen Lieferungen einzelner Staaten, deren Umfang sich nicht genau beziffern lässt, da insbesondere China keine umfassende Auskunft über seine Hilfslieferungen gibt. Die offiziell genannten Zahlen beinhalten nur einen Teil der tatsächlich erbrachten Hilfe. Es ist davon auszugehen, dass einzelne Provinzen Chinas in erheblichem Umfang Hilfe für Nordkorea leisten (Michels 1999: 44).

Wie geht der nordkoreanische Staat mit dieser Hilfe um? Wie verhält er sich in dem erläuterten Spannungsverhältnis zwischen Nutzen und Risiken der Hilfe?

¹⁷ So lautet das erstgenannte Ziel im Common Humanitarian Action Plan: "Provide food-aid and a nutritional safety-net to the most vulnerable thus averting a famine" (UNOCHA 2000: 3).

Verhandlungspartner auf nordkoreanischer Seite für alle Hilfsorganisationen sind Behörden, die dem Außenministerium unterstehen. Darin liegt bereits eine Besonderheit Nordkoreas, da in anderen Ländern normalerweise das Gesundheitsministerium für die Hilfsorganisationen zuständig ist. Diese Behörden gliedern sich entsprechend der Verwaltungseinteilung des Landes von nationaler bis auf Dorfebene und sind somit Ansprechpartner für alle Fragen der Hilfsorganisationen, auch für praktische, den täglichen Projektablauf betreffende Fragen, die die ausländischen Mitarbeiter von anderen Einsätzen gewohnt sind, mit lokalen, nichtbehördlichen Partnern zu regeln.

Zwei Aspekte in den Verhandlungen zwischen Behörden und Hilfsorganisationen sollen im Folgenden besonders herausgestellt werden: die Bestimmung der Hilfeempfänger und die Kontrollmöglichkeiten der Helfenden.

Zunächst ist die geographische Ansiedlung der Hilfsprojekte recht aufschlussreich. Französische NGOs berichten, dass ihre Forderung, in den Ost- und Nordostprovinzen Nothilfeprojekte zu etablieren, nach langwierigen Verhandlungen nur unter der Bedingung durchzusetzen war, dass gleichzeitig auch im Südwesten Hilfsprojekte aufgebaut wurden. Nach dem Rückzug dieser Organisationen ist außer einer Vertretung von WFP keine Organisation mit eigenem Personal in der Krisenregion im Nordosten mehr zu finden.

Es schließt sich die Frage an, welchen Zielgruppen innerhalb einer geographischen Region die internationale Hilfe zugute kommt. WFP nennt als Zielgruppe der Nahrungsmittelhilfe 7,5 Millionen Menschen. Kinder, Schwangere und ältere Menschen sollen besonders berücksichtigt werden, indem Institutionen wie Krankenhäuser, Schulen, Krippen und Kindergärten von der internationalen Hilfe beliefert werden. Andere Möglichkeiten bestehen nicht, da Hilfen an bestimmte Bevölkerungsgruppen außerhalb dieser Institutionen in Nordkorea nicht möglich sind. Weder die direkte Lieferung von Nahrungsmitteln oder Medikamenten an Haushalte noch Hilfsmaßnahmen für jene, die wegen der Suche nach Nahrung ihren Wohnort verlassen haben, werden von den Behörden genehmigt. Dabei ist, wie bereits erwähnt, auch aus Nordkorea bekannt, dass die besonders von einer Hungerkrise betroffenen Menschen außerhalb ihres sozialen Umfelds nach Nahrung suchen. Mittlerweile liegen mehrere Berichte vor, wonach in Nordkorea insbesondere Straßenkinder unter der Krise leiden.¹⁸ So hat Action contre la Faim (ACF) aus Protest gegen die behördliche Entscheidung, keine Hilfsprojekte in den Straßen zuzulassen, seine Arbeit in Nordkorea eingestellt.¹⁹

¹⁸ Siehe den Erfahrungsbericht von Médecins Sans Frontières „Le pays des enfants cachés“, in: *Messages. Journal interne des Médecins Sans Frontières*, Nr.101, November 1998, S.2.

¹⁹ ACF unterstützte 2.400 Krippen und Kindergärten in der Provinz Nord-Hamgyong mit Nahrungsmittel- und medizinischer Hilfe. Der Ernährungszustand der Kinder wurde aufgrund der vorliegenden Informationen zufolge gerade in dieser Region als besonders schlecht vermutet. Doch die Kinder, die von der Hilfe in den Institutionen profitierten und von ACF untersucht werden konnten, waren entgegen allen Erwartungen nur zu einem äußerst geringen Anteil (0,1%) akut unterernährt.

Eine gezielte Ausrichtung der Hilfe auf besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen wird von den nordkoreanischen Behörden somit unterbunden. Die internationale Hilfe wird stattdessen in staatliche Kanäle, in das PDS, geleitet. Zum einen ist es den Hilfsorganisationen schon allein wegen der unzulänglichen Personalausstattung nicht möglich, die Hilfe selbst zu verteilen. Seit Beginn der Hilfsleistungen 1995 versuchen die im Land präsenten Hilfsorganisationen nur mit äußerst bescheidenem Erfolg, ihre Forderung nach mehr ausländischem Personal durchzusetzen. So hat WFP derzeit lediglich 39 ausländische Mitarbeiter in ganz Nordkorea. Andererseits scheint WFP als die für die Verteilung der Nahrungsmittelhilfe federführende Organisation das Ziel seiner Arbeit darin zu sehen, das staatliche Verteilungssystem zu stärken.²⁰ Hilfsorganisationen, die diese Praxis kritisch hinterfragten und die Verteilung der Hilfe außerhalb staatlicher Kanäle forderten, sind gerade jene, die Nordkorea mittlerweile verlassen haben (vgl. Jean 1999).

Der nordkoreanische Staat ist also bemüht, die internationale Nahrungsmittelhilfe nicht als solche erkennbar werden zu lassen, da die Hilfe die Empfänger allein durch staatliche Kanäle erreicht. Der Staat soll weiterhin als Versorger erscheinen, nicht das Ausland. Die Verteilungsstationen des PDS in zugänglichen Landkreisen (derzeit 163 von 211) können von NGOs und UN-Organisationen besichtigt werden, um zu überprüfen, ob die Hilfe dort tatsächlich ankommt. Allerdings unterliegen diese Kontrollvisiten zahlreichen Restriktionen. So ist in der Regel eine Woche im voraus den Behörden mitzuteilen, welche Verteilungsstation besichtigt werden soll. Gleiches gilt für NGOs, die nicht ständig mit eigenen Mitarbeitern im Land vertreten sind und nur alle paar Monate nach Nordkorea reisen, um die von ihnen finanzierten Projekte zu inspizieren. Auch innerhalb der jeweiligen Institutionen können sich die ausländischen Mitarbeiter nicht frei bewegen und ungehindert, d.h. ohne die Anwesenheit eines Behördenvertreters, mit Patienten oder anderen Hilfeempfängern kommunizieren.

Durch die in diesem Rahmen durchgeführten Kontrollvisiten kommen die ausländischen Mitarbeiter einhellig zu dem Ergebnis, dass die Hilfe diese staatlichen Verteilungsstellen erreicht. Es wird zwar von Fällen berichtet, in denen Lieferungen abgezweigt wurden und nicht die angestrebte Institution erreicht haben, doch liegen diese Verluste laut Aussage der Hilfsorganisationen deutlich unterhalb eines in anderen Ländern erfahrenen Niveaus.²¹

²⁰ So heißt es im Jahresrückblick 2000: "[...] provision of food aid and an increased 1999 harvest ensured that the Government's Public Distribution System (PDS) was able to provide partial food rations until June 2000" (UNOCHA 2000: S.5).

²¹ Einigen Flüchtlingsaussagen zufolge ist die Armee erster Nutznießer der Hilfslieferungen und schafft Getreidelieferungen vorübergehend für Kontrollvisiten ausländischer Besucher in öffentliche Verteilungsstationen, um sie danach wieder in die Kasernen zu transportieren (Interviews d. Verf. mit einem ehemaligen Offizier der nordkoreanischen Armee und dem Sohn eines Armeemitglieds). Doch angesichts der Übereinstimmung in den Berichten der Hilfsorganisationen ist davon auszugehen, dass solche Berichte eher Einzelvorfälle wiedergeben, bei deren Verallgemeinerung Vorsicht geboten ist.

Auf Grundlage der von ausländischen Hilfsorganisationen in Nordkorea gemachten Erfahrungen ist somit weder die Verteilung der internationalen Nahrungsmittelhilfe durch ausländische Organisationen gemäß humanitärer Kriterien noch die Abzweigung und Umleitung der Hilfe das Interesse des nordkoreanischen Staates. Die Effizienzsteigerung der staatlichen Nahrungsmittelversorgung ist das offensichtliche Ziel. Die Verteilung der Hilfe außerhalb dieser Mechanismen wird von den Behörden massiv und effektiv unterbunden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bleibt in Nordkorea Sache des Staates.

3.3 Der Stellenwert von Handel und Reform

Die diplomatische Öffnung Nordkoreas hat in der Weltöffentlichkeit gleichermaßen Hoffnung wie Verwunderung ausgelöst. Ist diese außenpolitische Öffnung Vorbote einer wirtschaftlichen Öffnung? Steckt hinter diesem außenpolitischen Vorgehen die Einsicht, dass die anhaltende Versorgungskrise nur durch eine Aufgabe der Isolation effektiv zu bewältigen sei?

Einige Anzeichen scheinen zunächst durchaus dafür zu sprechen, dass Nordkorea nicht nur durch Eigenproduktion und Hilfe sondern verstärkt auch durch Handel versucht, die Versorgungskrise zu bekämpfen. So wurden seit 1996 mit 17 Ländern Investitionsschutzabkommen geschlossen, darunter Dänemark, Italien, Tschechien und die Schweiz.²² Der innerkoreanische Handel entwickelt sich recht positiv und nahm dem südkoreanischen Vereinigungsministerium zufolge im Jahr 2000 um fast ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr zu.²³

Die These einer ideologischen Flexibilität und wirtschaftlichen Öffnung Nordkoreas erfuhr durch den Besuch Kim Jong-ils in China im Januar 2001 weitere Unterstützung. Beobachtern zufolge soll der Anblick der Hochhäuser in Shanghai den nordkoreanischen Regierungschef, der die Stadt das letzte Mal vor 17 Jahren gesehen hatte, geradezu geschockt haben. Frisches Blut wird er seiner Verwaltung einflößen, soll ein sichtlich beeindruckter Kim Jong-il angesichts der chinesischen Erfolge gesagt haben.²⁴ Dies gab Anlass zu Spekulationen über ein von Nordkorea zu erwartendes Abrücken von sozialistischen Prinzipien nach chinesischem Vorbild.²⁵

Bei näherer Betrachtung weicht die Euphorie über einen angeblichen Kurswechsel Nordkoreas allerdings deutlicher Skepsis. So ist Nordkorea bereits 1988 Handelsbeziehungen mit Südkorea eingegangen, die sich seitdem stetig weiter entwickelten.²⁶ Auch fällt es schwer, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit westlichen Ländern als plötzlichen Sinneswandel Nordkoreas zu interpretieren, da

²² *Dong-A Ilbo*, 27. Januar 2001.

²³ *Korea Herald*, 12. Januar 2001.

²⁴ *Joongang Ilbo*, 20. Januar 2001.

²⁵ Siehe zu einer Diskussion der Erfolgsaussichten solch eines Vorgehens u.a. *Washington Post*, 23. Januar 2001 und *Los Angeles Times*, 26. Januar 2001.

²⁶ Siehe *Korea Herald*, 23. Februar 2001.

ein Kurswechsel eher auf Seiten derer zu erkennen ist, die ihre Unterstützung der Nordkoreapolitik Kim Dae-jungs nach dem Gipfeltreffen vom Juni 2000 demonstrieren möchten. Nordkorea hingegen war schon immer an diplomatischen Beziehungen mit dem Westen interessiert, lautet etwa der Kommentar des ehemals zum nordkoreanischen Führungszirkel gehörenden Hwang Jang-yop.²⁷

Wesentliches Argument gegen eine zu erwartende grundlegende wirtschaftspolitische Kursänderung Nordkoreas und eine Krisenbekämpfung durch Handel und Reform ist jedoch die bislang von Pyongyang im Umgang mit der Krise rigoros verfolgte Logik der Risikominimierung. Sowohl bei den Versuchen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion als auch hinsichtlich des Umgangs mit ausländischen Hilfsorganisationen ist deutlich geworden, dass die Staatsführung nicht zu Zugeständnissen bereit ist, die eine grundsätzliche Abkehr von den Prinzipien der Juche-Ideologie bedeuten würde. Hilfe von außen wird in einer Weise organisiert, die entweder die eigenen Kapazitäten stärkt oder zumindest wie das Ergebnis eigener Anstrengungen aussieht.

Folglich ist auch hinsichtlich eines Krisenmanagements, das Handel und diplomatische Öffnung einschließt, ein Vorgehen zu erwarten, dass Auswirkungen auf das ideologische Fundament des Staates minimiert beziehungsweise ausschließt. Auch nach der jüngsten Chinareise Kim Jong-ils ist keine wirtschaftspolitische Kursänderung nach chinesischem Vorbild zu erwarten, die über die Logik von Sonderwirtschaftszonen, die es im Nordosten Nordkoreas bereits gibt, hinausgeht.²⁸ „We must heighten vigilance against the imperialists’ moves to induce us to reform and opening to the outside world“, hieß es 1998 in einer offiziellen nordkoreanischen Verlautbarung.²⁹ Es gibt keinen Grund für die Annahme, dass sich seitdem an dieser Handlungsprämisse für den Umgang mit der Hungerkrise etwas Grundlegendes geändert hätte.

Inwieweit das bisherige Krisenmanagement des nordkoreanischen Staates die Gefahr des Gesichtsverlust in den letzten Jahren gebannt hat, soll im Folgenden untersucht werden. Eines lässt sich jedoch an dieser Stelle bereits feststellen: Die Leidtragenden einer solchen Strategie waren und sind die von der Hungersnot am stärksten betroffenen Menschen in Nordkorea. So sagten von etwa 2.200 im Deze m-

²⁷ “It is wrong to say that North Korea’s recent moves to normalize diplomatic ties [...] mean the North is breaking away from its traditionally reclusive foreign policy. [...] As far as diplomacy is concerned, the North has never pursued isolation” (*Korea Herald*, 5. April 2000).

²⁸ Vgl. Noland (2000: 141): “The regime found itself in a terrible bind [...]. The regime’s response was essentially two-fold: engage in one-off attempts to earn foreign exchange through projects that would not affect the systemic organization of the economy (the Rajin-Sonbong SEZ [Special Economic Zone, Anm. d. Verf.] and the Mt. Kumgang tourism project), while at the same time engaging in brinkmanship to extract resources from the rest of the world.”

²⁹ *Rodong Sinmun* (Organ des Zentralkomitees der Koreanischen Arbeiterpartei) und *Källoja* (Zeitschrift für politische Theorie des Zentralkomitees der Koreanischen Arbeiterpartei), 17. September 1998, zitiert in Noland (2000: 59).

ber 1999 befragten Flüchtlingen aus den nordöstlichen Provinzen Nordkoreas über 90% aus, nie Hilfslieferungen internationaler Hilfsorganisationen erhalten zu haben (Chang 1999: 13-14; siehe auch Michels 1999: 43).

4 Die Effekte des Krisenmanagements: Die Hungerkrise als Legitimitätskrise

Die Analyse des bisherigen Umgangs des nordkoreanischen Staates mit der Hungerkrise hat gezeigt, dass Nordkorea bislang nicht die ideologische Flexibilität aufbringt, die der historischen Erfahrung gemäß andere kommunistische Staaten Asiens aus einer ähnlichen Krisensituation herausgeführt hatte. Eine Hungersnot bringt per se jedes staatliche System in Legitimitätsnöte, doch ist neben der Existenz einer Versorgungskrise entscheidend, welches Bild die staatlichen Institutionen bei der Krisenbekämpfung in den Augen der Bevölkerung abgeben. Denn, wie Lipset formuliert, beruht Legitimität auf dem Glauben der Bevölkerung, dass das bestehende politische System besser für die Belange der Gesellschaft geeignet sei als jede Alternative.³⁰ Wie steht es um diesen Glauben in Nordkorea angesichts der andauemden Unfähigkeit des Staates, seine Bevölkerung ausreichend zu versorgen?

Die bislang dokumentierten und verfügbaren Aussagen von nordkoreanischen Flüchtlingen können kein umfassendes und repräsentatives Meinungsbild der Gesamtbevölkerung geben. Dennoch lassen die in den Aussagen festzustellenden Entwicklungen im Lauf der letzten Jahre in einem gewissen Rahmen Rückschlüsse auf die Zustände in Nordkorea zu.

Eine im Frühjahr 1998 durchgeführte Befragung von 850 Flüchtlingen ergab, dass nur eine Minderheit von etwa 20% in Naturkatastrophen die Hauptursache für die Hungersnot sah. Über 45% machten die Staats- und Parteiführung für die Krise verantwortlich, indem sie die Politik der Regierung, Bürokratismus, Kim Jong-il persönlich oder fehlende Reformen als Ursachen nannten (Kim 1999: 220; siehe auch Michels 1999: 44).

Auch bei der Frage nach geeigneten Wegen aus der Krise wird eine kritische Haltung zur Staatsführung deutlich. So berichtet eine südkoreanische NGO, die seit 1996 nordkoreanische Flüchtlinge im chinesischen Grenzgebiet versorgt, dass die Menschen zunehmend in einer wirtschaftlichen Öffnung Nordkoreas und der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien einen Ausweg aus der Versorgungskrise sehen. Solche Antworten konnte man dieser NGO zufolge noch vor wenigen Jahren nicht von Flüchtlingen hören.

³⁰ Seymour Martin Lipset (1959), "Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy", in: *American Political Science Review* 53, S.68: "Legitimacy involves the capacity of a political system to engender and maintain the belief that existing political institutions are the most appropriate or proper ones for the society."

Die Frage nach Veränderungen in der öffentlichen Meinung der nordkoreanischen Bevölkerung im Zuge der Hungerkrise und nach möglichen Zweifeln am Staats- und Gesellschaftssystem hängt mit dem Kenntnisstand der Bevölkerung bezüglich der ausländischen Hilfe zusammen. Denn die Kenntnis von der Hilfe des Auslands ist unvereinbar mit einer kritiklosen Treue zum Autarkie propagierenden ideologischen Fundament des nordkoreanischen Systems. In diesem Zusammenhang sind die Erfahrungen der Hilfsorganisationen von Relevanz, da sie Auskunft darüber geben können, wie sichtbar die Hilfe in Nordkorea organisiert ist.

Dass die nordkoreanische Regierung sich der Gefahr bewusst ist, die eine öffentliche Kenntnis von der Existenz internationaler Hilfsleistungen für die eigene Legitimität birgt, macht die erwähnte minimale Ausstattung der Hilfsorganisationen mit ausländischem Personal deutlich, das zudem in für die Bevölkerung nicht zugänglichen Wohnvierteln untergebracht ist. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Auseinandersetzungen hinzuweisen, die um die Kenntlichmachung der Hilfslieferungen geführt wurden. Das südkoreanische Rote Kreuz berichtet, dass der Norden anfangs strikt jede Kenntlichmachung untersagte. So wurden etwa Etiketten, die auf Nudelpackungen die südkoreanische Herkunft erkennen ließen, vor der Verteilung auf Weisung der nordkoreanischen Behörden zeitaufwendig per Hand abgekratzt. Zwischenzeitlich stoppte der Süden seine Hilfe, weil Nordkorea den Transport von Nahrungsmitteln durch Schiffe, die unter südkoreanischer Flagge fuhren, nicht zulassen wollte (vgl. Noland, Robinson und Wang 1999: 10). Mittlerweile akzeptieren die Behörden eine Kenntlichmachung der Lieferungen als Hilfe des südkoreanischen Roten Kreuzes, allerdings in englischer, kaum in koreanischer Sprache. Auch die Hilfslieferungen der UN-Organisationen sind mit dem Logo der jeweiligen Organisation versehen, jedoch ebenfalls ohne Aufdruck in koreanischer Sprache, so dass nur demjenigen der Geber der Hilfe ersichtlich ist, dem das jeweilige Organisationslogo bekannt ist.

Zu der Frage, inwiefern bei Kontrollvisiten die Mitarbeiter der ausländischen Organisationen für die Empfänger der Hilfe präsent sind, liegen unterschiedliche Berichte vor. In einigen Fällen wird davon berichtet, dass ein solcher Besuch durchaus ein Ereignis für die jeweilige Institution ist, an dem sowohl das Personal als auch die Insassen der Institution teilhaben. Die südkoreanische NGO Eugene Bell ist dabei in ihrem Bemühen, eine direkte Verbindung zwischen Empfänger und Geber der Hilfe herzustellen, besonders zu erwähnen. So sind ausländische, meist US-amerikanische Spender in der Regel bei diesen Visiten mit anwesend. Interessanterweise galt der Dank einer bei solch einer Visite befragten Patientin für die erhaltenen Medikamente jedoch in erster Linie „dem General“, also Kim Jong-il.³¹

Somit ist der Wille der Behörden erkennbar, die Hilfsprojekte ohne direkten Kontakt ausländischer Mitarbeiter zu den Hilfeempfängern zu organisieren und nach außen eine angebliche Regierungsbeteiligung an der Hilfe zu suggerieren. Den Berichten der Hilfsorganisationen zufolge wird somit bei den individuellen Empfän-

³¹ Fernseh-Reportage „Lintonhyôngcheui bukhandobgi“ [Die Nordkoreahilfe der Brüder Linton], ausgestrahlt am 26. September 1999 auf KBS.

gern der Hilfe zumindest die Vorstellung gewahrt, dass die Hilfe, wenn deren ausländische Herkunft ersichtlich ist, doch in erster Linie Dank des Einsatzes der Staatsführung zustande gekommen ist. Denkbar wäre jedoch, dass das nordkoreanische Personal der Hilfe erhaltenden Institutionen besser über die Herkunft der Hilfe informiert ist und möglicherweise als Multiplikatoren diese Erkenntnis weiter tragen könnte. Die Aussagen der Hilfsorganisationen sind in dieser Hinsicht recht unterschiedlich.

So berichten einige NGOs, dass die Personen, die in nordkoreanischen Institutionen die Hilfslieferungen entgegennehmen, davon ausgehen, die Hilfe komme aus China. Andere wiederum sagen aus, dass das zuständige Personal sehr wohl über die Spender informiert sei. Eine südkoreanische NGO berichtet beispielsweise, von einer Empfängerinstitution in Nordkorea ausdrücklich darum gebeten worden zu sein, technisches Material und Düngemittel weiterhin direkt aus Südkorea zu liefern und nicht in China einzukaufen. Produkte aus südkoreanischer Herstellung seien einfach besser, lautete die Begründung.

Die Befragung von Flüchtlingen zu ihrer Kenntnis von der Hilfe des Auslands für Nordkorea führte ebenfalls zu unterschiedlichen Ergebnissen. Relativ zahlreiche Flüchtlinge berichten, auf Schwarzmärkten Hilfslieferungen mit dem Logo von UN-Organisationen gesehen zu haben. Andere hatten keine Kenntnis von der internationalen Hilfe oder gingen nur davon aus, dass auf offiziellem oder kriminellem Wege Hilfe aus China ins Land gelange. Die Aussagen unterscheiden sich dabei zum einen je nach geographischer Herkunft der Befragten und richten sich zweitens nach dem Zeitraum, über den die Flüchtlinge berichten können. Flüchtlinge aus dem Nordosten des Landes scheinen weniger Zugang zu Informationen zu haben, während Menschen aus Provinzen in der Umgebung Pyongyangs von Schwarzmärkten und dort gehandelten Gütern internationaler Hilfsorganisationen als einer alltäglichen Erfahrung berichten. Auch Personen, die erst in jüngster Zeit Nordkorea verlassen haben, wussten eher von der internationalen Hilfe als Menschen, die bereits vor mehreren Jahren nach China gelangt sind und berichten, erst dort von ausländischen Hilfsleistungen für Nordkorea gehört zu haben.

Die Hilfe des Auslands als „offenes Geheimnis“ zu bezeichnen, wäre vor diesem Hintergrund etwas zu viel gesagt. Weite Teile der Bevölkerung, insbesondere im Nordosten, scheinen nach wie vor kaum Kenntnis von den Hilfsleistungen zu haben. Dennoch ist festzuhalten, dass der Faktor Zeit eine wichtige Rolle spielt, da sich der Informationsstand und die öffentliche Meinung der nordkoreanischen Bevölkerung Flüchtlingsaussagen zufolge in den letzten Jahren verändert hat. Erstens führte die anhaltende Nahrungsmittelknappheit dazu, dass die Menschen nach Beschaffungsmaßnahmen außerhalb des staatlichen Versorgungssystems suchen mussten und in ersten Kontakt mit marktwirtschaftlichen Mechanismen kamen. Zweitens hat die Kenntnis davon, dass der Autarkie propagierende nordkoreanische Staat von externer Hilfe abhängig ist und diese von angeblich feindlich gesinnten Staaten auch gewährt wird, in den letzten Jahren innerhalb der nordkoreanischen Bevölkerung zugenommen.

5 Zusammenfassung

Die seit mehreren Jahren andauernde Versorgungskrise und die Abhängigkeit von ausländischen Hilfslieferungen stellen per se eine Bedrohung für das totalitäre System Nordkoreas dar, da sie dessen Legitimität grundsätzlich in Frage stellen. Anhand der Erfahrungen internationaler Hilfsorganisationen wird deutlich, dass der nordkoreanische Staat sich dieser Gefahr des Gesichtsverlusts vor der eigenen Bevölkerung bewusst ist und die internationale Hilfe in einer Weise organisiert, die seinen Kriterien der Machterhaltung folgt.

Direkte Nahrungsmittelhilfe wird von den nordkoreanischen Behörden nur in einer Form zugelassen, die ihnen die Hoheit über die Verteilung der Hilfe garantiert. Sämtlichen NGOs, die in ständigem Kontakt mit der Bevölkerung humanitäre Hilfe, also kurzfristige Überlebenshilfe, zu leisten versuchten, wurde vom nordkoreanischen Staat der Handlungsrahmen auf ein für sie inakzeptables Maß reduziert und dadurch deren Rückzug aus Nordkorea herbeigeführt. Auch die Hoffnung auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zuge der politischen Großwetterlage des Jahres 2000 wurde bislang enttäuscht.³²

Das Krisenmanagement des Staates konzentrierte sich in den letzten Jahren auf eine Förderung nationaler Produktionskapazitäten und den Erhalt internationaler Hilfe. Kennzeichnend für den staatlichen Umgang mit der Hungerkrise ist das konsequente Festhalten an den Prinzipien der Juche-Ideologie. Die Gratwanderung zwischen Machterhalt und Gesichtsverlust vollzieht der nordkoreanische Staat, indem er sein Handeln weiterhin am in Nordkorea staatstragenden Prinzip des Strebens nach Autarkie ausrichtet. Das heißt konkret, dass sein Krisenmanagement einerseits auf die Stärkung der nationalen Lebensmittelproduktion zielt. Andererseits wird die internationale Hilfe in einer Weise organisiert, die in erster Linie dazu beiträgt, das eigene Gesicht zu wahren. Der Staat tritt vor der Bevölkerung als Versorger auf, nicht ausländische Hilfsorganisationen. Folglich spielen humanitäre Kriterien bei der Hilfe in Nordkorea keine Rolle.

Betrachtet man die politischen Ereignisse des Jahres 2000 vor diesem Hintergrund, so lassen sich diese nicht als grundsätzlicher Kurswechsel Pyongyangs hin zu Öffnung und Reform interpretieren. Angesichts des bisherigen Umgangs Nordkoreas mit der Hungerkrise lassen sich keine Anzeichen dafür erkennen, dass sich die Staatsführung gezwungen sieht, vom ideologischen Kurs abzuweichen und die damit verbundenen Risiken hinsichtlich der eigenen Legitimität in Kauf zu nehmen.

³² Einige NGOs berichten, dass sich in jüngster Zeit ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert hätten. So scheint durch die im Zuge des innerkoreanischen Dialogs von der südkoreanischen Regierung geleistete Nahrungs- und Düngemittelhilfe das Interesse der nordkoreanischen Führung an einer Zusammenarbeit mit ausländischen NGOs insgesamt etwas nachgelassen zu haben. Einige südkoreanische Organisationen berichten, dass sie seit Sommer 2000 Schwierigkeiten haben, Visa für Kontrollvisiten nach Nordkorea zu erhalten. Eine US-amerikanische Organisation musste feststellen, dass ihr nordkoreanischer Ansprechpartner auf Anfragen und neue Projektvorschläge nicht mehr reagierte.

Andere kommunistische Regierungen asiatischer Länder haben in der Vergangenheit – wenn auch erst nach Jahren des Hungers mit zahllosen Opfern – eingesehen, dass eine Hungersnot nur durch einen flexiblen Umgang mit ideologischen Prämissen möglich ist. Diese Einsicht hat ihnen letzten Endes die Macht gesichert. Nordkorea scheint nicht bereit zu sein, diesen Schritt zu gehen.

Das Krisenmanagement auf Produktionssteigerung und Hilfe auszurichten hat gegenüber einer Beseitigung der Krisenursachen durch Reform und Öffnung den Vorteil, dass kurzfristig der Anschein gewahrt werden kann, die Krise lasse sich mit dem traditionell propagierten Streben nach Autarkie beheben. Doch anhand von Flüchtlingsaussagen ist erkennbar, dass im Laufe der letzten Jahre Zweifel und Kritik am System zunehmen. Neben der permanent schlechten Versorgungslage wird dies dadurch gefördert, dass sich die Kenntnis über die Hilfe des Auslands, die per se die Juche-Doktrin unterminiert, in der nordkoreanischen Bevölkerung immer mehr verbreitet.

Somit ist der Trend erkennbar, dass die – unter dem Blickwinkel des Machterhalts – bislang erfolgreiche Strategie der Krisenbekämpfung allmählich an Wirkung verliert. Die nordkoreanische Bevölkerung ist im wörtlichen Sinne in Bewegung geraten und in zunehmenden Maße über die Zustände im eigenen Land und im Ausland informiert. Und sie hat die Erfahrung gemacht beziehungsweise machen müssen, dass man Nahrungsmittel nicht durch Bezugsschein in der staatlichen Verteilungsstation, sondern durch Geld auf einem Markt erhalten kann. Die „virtuelle Realität“ (Giessmann 2001), in der die Menschen in Nordkorea seit Jahrzehnten leben und die die wichtigste Stütze des nordkoreanischen Totalitarismus darstellt, bröckelt.

Literatur

- Brunel, Sylvie (1998), „Corée du Nord: une famine virtuelle?“, in: Action contre la Faim (Hrsg.), *Géopolitique de la faim. Quand la faim est une arme*, Paris: Presses Universitaires de France, S.132-138
- Chang, Christine Y. (1999), *A Field Survey Report of North Korean Refugees in China*, Seoul: Commission to Help North Korean Refugees (CNKR)
- Eberstadt, Nicholas (1999), *The End of North Korea*, Washington: American Enterprise Institute
- Economist Intelligence Unit, *EIU Country Report South Korea/North Korea, 2nd Quarter 1999*, London: EIU
- Food and Agriculture Organization (FAO)/World Food Programme (WFP) (1999a), *Special Report: FAO/WFP Crop and Food Supply Assessment Mission to the Democratic People's Republic of Korea*, 29. Juni 1999
- FAO/WFP (1999b), *Special Report: FAO/WFP Crop and Food Supply Assessment Mission to the Democratic People's Republic of Korea*, 8. November 1999
- FAO/WFP (2000), *Special Report: FAO/WFP Crop and Food Supply Assessment Mission to the Democratic People's Republic of Korea*, 16. November 2000

- Giessmann, Hans J. (2001), „Dem Jubel ist rasch die Ernüchterung gefolgt“, in: *Frankfurter Rundschau*, 30. Januar 2001, S.7
- Good Friends (1999), *Report on Daily Life and Human Rights of North Korean Displaced Persons in China*, Seoul: Good Friends, Center for Peace, Human Rights and Refugees
- Jean, François (1999), „Corée du Nord: un régime de famine“, in: *Esprit*, Nr.2, S.5-27
- Kim, Philo (1999), „The Sociopolitical Impact of Food Crisis in North Korea“, in: *Korea and World Affairs* 23, 2, S.207-224
- Kwon, Tae-Jin und Woon-Keun Kim (1999), „Assessment of Food Supply in North Korea“, in: *Journal of Rural Development* 22 (Winter 1999), S.47-66
- Lautze, Sue (1997), *The Famine in North Korea: Humanitarian Responses in Communist Nations*, Feinstein International Famine Center, Tufts University
- Lee, Keum-Sun (1997), *Kukchegigu mit bichôngbugiguûi indochog chiwônsarye*, [Die humanitäre Hilfe von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen], Seoul: Korea Institute for National Unification
- Michels, Gerhard (1999), „Versuch einer Beschreibung der Lage in Nordkorea. Nordkoreanische Flüchtlinge in China berichten“, in: *Koreaforum* 9, 2, S.43-44
- Natsios, Andrew (1999), *The Politics of Famine in North Korea*, Washington: United States Institute of Peace (Special Report)
- Noland, Marcus, Sherman Robinson und Tao Wang (1999), *Famine in North Korea: Causes and Cures*, Washington: Institute for International Economics (Working Paper 99-2)
- Noland, Marcus (2000), *Avoiding the Apocalypse: The Future of the Two Koreas*, Washington: Institute for International Economics
- Robinson, W.C., Myung Ken Lee, Kenneth Hill und Gilbert M. Burnham (1999), „Mortality in North Korean Migrant Households: A Retrospective Study“, in: *The Lancet*, Band 354, S.291-295
- Schloms, Michael (2000), „Divide et impera. Totalitärer Staat und humanitäre Hilfe in Nordkorea“, Diskussionspapier, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- US Department of State (2001), *Country Reports on Human Rights Practices 2000. Democratic People's Republic of Korea*, Februar 2001
- United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) (2000), *Consolidated Inter-Agency Appeal for Democratic People's Republic of Korea 2001*

Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2001

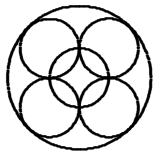
Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2001

**POLITIK
WIRTSCHAFT
GESELLSCHAFT**

mit
Beiträgen
von

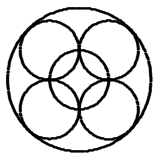
Rüdiger Frank
Sebastian Harnisch
Heiner Heseler
Patrick Köllner
Heinrich Kreft
Hanns W. Maull
Peter Mayer
Dirk Nabers
Manfred Pohl
Michael Schloms
Oliver Schramm
Günter Schucher
Bernhard Seliger



**INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG**

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-264-6
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2001

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturlatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 – Fax: (040) 42834 512 – E-Mail: duei-dok@uni-hamburg.de).